

Mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen durch Offenlegung der Vorstandsvergütungen (Plenarsitzung vom 12.02.2009)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Eiskirch. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel Gelegenheit zu einem Wortbeitrag.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Der Antrag der Grünen hat eine etwas längere Reise hinter sich; das ist gerade noch einmal dargestellt worden. Ich fände es sehr positiv, wenn wir tatsächlich dazu kämen, im Landtag ein solches bundesweit beispielhaftes Gesetz zu verabschieden. Ehrlich gesagt, sehe ich das aber noch nicht – vor allem wenn ich betrachte, was von den Koalitionsfraktionen eingebracht worden ist und wie argumentiert wird. Einerseits fordert die CDU mehr Transparenz, andererseits heißt es, die öffentlichen Organe müssten geschützt werden. Das macht deutlich, dass es doch wieder Einschränkungen geben soll. Auch die FDP will – das wurde gerade klargelegt – die Reichweite einschränken. Natürlich kann es nicht darum gehen, grundrechtlich verbriefte Rechte von Privatpersonen einzuschränken; das ist ganz klar. Aber wir brauchen eine weitgehende Transparenz und eine vollständige Kontrolle bei öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen und Betrieben. Es kann nicht sein, dass es immer wieder zu solchen Skandalen kommt, wie wir sie gerade in Köln erlebt haben. Der Bürger hat gerade bei öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen ein Recht zu erfahren, wer auf welcher Gehaltsliste steht und wie hoch die Vergütung ist.

Warum wehrt man sich so sehr gegen Transparenz? – Weil oft unzulässig hohe Vergütungen gezahlt werden, die sich nicht rechtfertigen lassen. Viele Bürgerinnen und Bürger können nicht nachvollziehen, warum teilweise für eine geringfügige Tätigkeit ein Mehrfaches der jährlichen Leistungen an einen Hartz-Empfänger gezahlt wird. Das ist überhaupt nicht akzeptabel, und deswegen wehrt man sich dagegen.

Als Linker kann ich nur sagen: Ich bin sehr bereit, an einer solchen Initiative positiv mitzuwirken, wenn das gewünscht ist. Bisher hat man sich dagegen gewehrt. Nichtsdestotrotz kann ich das nur anbieten.

Ich finde den Antrag der Grünen sehr wegweisend. Aber insbesondere von den Koalitionsfraktionen ist schon deutlich gemacht worden, dass man nicht bereit ist, so weit mitzugehen. Deswegen ist

meine Einschätzung, dass man zwar vor den Kommunalwahlen – das ist der bestehende Druck – etwas im Hinblick auf die jüngsten Skandale tun will. Aber man ist nicht wirklich bereit, eine weitgehende Transparenz und vor allem eine vollständige Kontrolle herzustellen.

Daher bin ich sehr gespannt, inwieweit man bereit ist, auf die Kolleginnen und Kollegen der Grünen, aber auch auf mich zuzugehen, um tatsächlich eine gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.